

Klose/Schmitz
Freiheit, Angst und Provokation

THELEM

2

SOCIAL COHERENCE STUDIES

Herausgegeben von Joachim Klose

Joachim Klose und Walter Schmitz (Hg.)

FREIHEIT, ANGST UND PROVOKATION

Zum gesellschaftlichen Zusammenhalt
in der postdiktatorischen Gesellschaft

THELEM



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Gefördert von der Konrad-Adenauer-Stiftung im
Rahmen des Sonderprojektes „Gesellschaftlicher
Zusammenhalt und Integration“

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im
Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Bibliographic information published by Die Deutsche Nationalbibliothek
Die Deutsche Bibliothek lists this publication in the Deutsche National-
bibliografie; detailed bibliographic data is available in the Internet at
<<http://dnb.ddb.de>>

ISBN 978-3-945363-39-3

© Dresden 2016
Thelem Universitätsverlag und Buchhandel
GmbH & Co. KG
Bergstr. 70 | 01069 Dresden
Tel.: 0351/4721463 | Fax: 0351/4721465
www.thelem.de
Alle Rechte vorbehalten. All rights reserved.
Thelem ist ein Imprint von w. e. b.
Gesamtherstellung w. e. b.
Umschlagbild: On to me. Osawa/photocase.de
Made in EU.

INHALT

I EINLEITUNG	11
Joachim Klose und Walter Schmitz	
VORWORT: WARUM DIESES BUCH?	13
II „WER IST DAS VOLK?“ RECHTSPOPULISMUS UND DIE STADTGEMEINSCHAFT IN DRESDEN	23
II.1 PRÄGUNGEN	25
Sven Brajer	
RECHTSPOPULISTISCHE MILIEUS IN DER ‚KONSERVATIVEN KULTURSTADT‘ DRESDEN (1879–1933)	27
Johannes Schütz	
DRESDEN BLEIBT DEUTSCH?!	48
Stefan Taubner	
SEHNSUCHT NACH DEM „VORPOLITISCHEN“ KOLLEKTIV	58
Joachim Fischer	
DRESDEN ALS AVANTGARDE DER CIVIL SOCIETY?	83
Stefan Kleie	
SPAZIERGÄNGER ALS GEISTERBESCHWÖRER	96

II.2 BEOBACHTUNGEN/ANALYSEN	117
Ingo Schulze	
DIE NÜTZLICHEN IDIOTEN	119
Cornelius Pollmer	
ROUTINE	123
Walter Schmitz	
EIN NACHTRAG: ZURÜCK AM SCHAUPLATZ DER UNRUHE	128
Walter Schmitz	
,PEGIDA‘ – FUNKTION UND FUNKTIONIEREN EINER ,EMPÖRUNGSBEWEGUNG‘	133
Anna-Maria Haase	
RECHTS MOTIVIERTE MEHRFACH- UND INTENSIVTÄTER IN SACHSEN	192
Piotr Kocyba	
ÜBER DIE ,VEREDELUNG DES EMPIRISCH VORFINDBAREN RASSISMUS‘	205
FORUM INTERNET	247
Marie Hahn	
EMOTIONEN IM ABENDLAND. DIE RHETORIK VON ANGST, HASS UND LIEBE IN DER ,PEGIDA‘-BEWEGUNG*	249
Michael Bittner	
,PEGIDA‘ – EIN VIRTUELLES PHÄNOMEN?	267
Vladimir Vertlib	
SCHREIBEN IN ZEITEN VON FACEBOOK	275

II.3 ANTWORTEN	278
Felicitas Zürcher	
GESPRÄCHE GEGEN VORURTEILE ODER DAS ABENDLAND VERTEIDIGEN UND DAS MORGENLAND KENNENLERNEN	280
Selim Amorri und Lukas Schmitz	
SUCHE NACH ZUFLUCHT – EIN GESPRÄCH MIT FLÜCHTLINGEN IN DRESDEN	291
III WIE HÄLT DIE GESELLSCHAFT ZUSAMMEN?	305
III.1 FLIEHKRÄFTE	307
Hartmut Rosa	
FREMD IM EIGENEN LAND?	309
III.1.1 NEID	317
Rainer Paris	
DIE SPRENGKRAFT DES NEIDES	319
III.1.2 ÄNGSTE/RESSENTIMENTS	331
Klaus Dörre	
FURCHT VOR VERÄNDERUNG. ABSTIEGSÄNGSTE UND EXKLUSIVE SOLIDARITÄT	333
Jonas Lüscher	
IM GEISTERHAUS	340
Petra Bahr	
FÜRCHTET EUCH RICHTIG!	344

Mark Siemons	
WOHER KOMMT DAS RESENTIMENT?	348
Martin R. Dean	
HERRSCHAFT DES SELBSTVERDACHTS	351
III.1.3 POPULISMUS	353
Uwe Volkmann	
DIE DRAUSSEN BLEIBEN. DIE GEFAHREN DES POPULISMUS FÜR DIE DEMOKRATIE	355
David Schalko	
AUFSTAND DER BELEIDIGTEN MASSEN	362
III.2 DIFFERENZEN	367
Joachim Klose	
GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT	369
Karl-Siegbert Rehberg	
„PEGIDA“-ERFOLGE ALS SPIEGELUNG EINES GESELLSCHAFTSZUSAMMENBRUCHS?	385
Hans Jörg Schmidt	
FREIHEIT IN OSTDEUTSCHLAND	408
Mark Arenhövel	
ABGRENZENDE ANERKENNUNG – ÜBER DEN UMGANG MIT RECHTSPOPULISMUS	414

III.3 BINDUNGSKRÄFTE	431
Stephan Dreischer	
DIE „NOTWENDIGKEIT“ VON ZIVILRELIGION	433
Barbara Zehnpfennig	
FREIHEIT MIT MASS	443
Ulrike Ackermann	
KRIEG GEGEN DIE FREIHEIT – WESTLICHE WERTE UNTER DRUCK	449
IV CHRONIK	455
Sven Hacker	
EINWANDERUNGSLAND WIDER WILLEN	457
V QUELLENVERZEICHNIS	497
VI DIE AUTORINNEN UND AUTOREN	499



I EINLEITUNG



JOACHIM KLOSE UND WALTER SCHMITZ

VORWORT: WARUM DIESES BUCH?

Den 500 000 gewidmet

Dieses Buch, das sich mit dem Rechtspopulismus aus Anlass der so genannten ‚Pegida‘-Bewegung auseinandersetzt, ist jenen 500 000 Dresdnern gewidmet, die an den sogenannten ‚Stadtspaziergängen‘ der ‚Pegida‘, also ihren immer radikaler werdenden Demonstrationen, nicht teilnahmen. In eigenen Demonstrationen und in Internetauftritten haben viele von ihnen daran erinnert, dass die schiere Präsenz von einigen tausend Leuten auf öffentlichen Plätzen noch nicht bedeutet, dass hier ‚das Volk‘ auf den Straßen sei. Und: „Das Volk steht auf, der Sturm bricht los“ – das sind Erinnerungsbruchstücke an die politische Sprache des 19. Jahrhunderts, die sich angesichts jener auftrumpfenden ‚Pegidisten‘ manchem aufdrängen wollten und die von der – in der Tat – erstarkenden rechtspopulistischen Strömung in Deutschland gerne als neue Wirklichkeit ausgegeben werden. Doch ‚das Volk‘ ist keine Naturgewalt, sondern ‚Volk‘ ist, genau betrachtet, eher ein Name, der die Komplexität von ‚Bevölkerung‘ und ‚Gesellschaft‘ kulturell überformt – aus der Französischen Revolution wurde dieses Konzept in die nationalen Gegenbewegungen, die sich gegen französische Dominanz richteten, übernommen. Zudem ist ‚Volk‘ in unserer Demokratie ein verfassungsrechtlicher Begriff. Das freilich spielt bei der ‚Pegida‘-Bewegung keine Rolle.

Die Landeshauptstadt Dresden allerdings ist dank ihrer höfischen Vergangenheit als Bühne für Aufmärsche, die repräsentativ sein wollen, geradezu prädestiniert. Unter den heutigen Bedingungen ist Dresden überdies auch dafür prädestiniert, Differenzen sichtbar zu machen: Denn einerseits floss seit 1990 viel öffentliches und privates Geld in die Stadt; das hat deren Schönheit trotz der totalen Zerstörung 1945 allmählich wieder sichtbar werden lassen; das Versprechen ‚blühender Landschaften‘ im Osten scheint in Dresden wahr geworden. Indessen profitieren andererseits von diesem Aufschwung nicht alle in gleichem Maße; die Schönheit der Stadt ist nicht nur Fassade, sie zeigt allerdings auch nicht die ganze Wirklichkeit der Stadt: 17 Prozent der Haushalte in den Plattenbauvierteln sind aufgrund von Konsumkrediten überschuldet; die Schaffung von Wohneigentum spielt hier eher eine untergeordnete Rolle. Auch in Dresden öffnet sich die Schere zwischen Arm und Reich. Viele können mit der gesellschaftlichen Ent-

wicklung nicht mithalten. Verschärft wird dies zudem von einer seit den frühen 1990er Jahren so wahrgenommenen Elitenüberlagerung; die obere Gesellschaftsschicht scheint aus den alten Bundesländern zu stammen, die untere jedenfalls nicht; und Zugezogene sind aufgrund des sächsischen Dialektes, der sich als Fremdsprache sehr schwer lernen lässt, noch immer leicht als solche zu erkennen. Freilich, ‚Pegida‘ hat gegen die ‚Wessis‘ nicht demonstriert, sondern gegen Überfremdung, und zwar eine Überfremdung durch den ‚Islam‘ und zugleich durch einwandernde Migranten, die bislang allerdings kaum in Sachsen angekommen sind. Doch die Verschiebung von jener ersten ‚Überfremdung‘, die selten einmal offen diskutiert wird, auf jene drohende zweite liegt offenbar nahe; man fürchtet eine erneute Bevorzugung von Fremden, die den ‚eigenen Leuten‘ schlicht das Nachsehen lässt. Zuwanderung erzeugt eben Verunsicherung, Neid und Ängste. Und dies ist vollkommen unabhängig davon, ob dies den belegbaren Tatsachen entspricht oder nicht – im Gegenteil: Gefühlte Bedrohungen sind immer größer als reale.

Zudem war für ‚Pegida‘ die Bühne nochmals besonders vorbereitet. Dresden ist ja – wohl als einzige Stadt im Osten Deutschlands – schnell zum zentralen Erinnerungsort der Deutschen avanciert. Der Wiederaufbau der Frauenkirche wurde ein Symbol für eine Wiederauferstehung des Landes, eher gefühlt als reflektiert, durchaus überblendet mit einem neuen Deutschlandbild, zu dem auch Partylaune und ein ‚Sommermärchen‘ des Weltfußballs gehören. In scharfem Kontrast dazu standen die jährlichen Aufmärsche von Rechtsextremen, die eben die Zerstörung Dresdens symbolpolitisch nutzen wollten – für die Opferrolle des deutschen Volkes und ähnliches mehr. Die Freiheit der Meinungsäußerung schützte auch diese Demonstrationen, doch für viele in Dresden bedeuteten diese jährlichen Aufmärsche, zu denen deutschlandweit aufgerufen wurde, gleichwohl eine Zumutung. Es dauerte freilich eine geraume Zeit, bis das Inventar zivilgesellschaftlicher Gegenaktionen vollständig entwickelt war; und zweifelsohne kam es zu einer Radikalisierung und Polarisierung der Gegnerschaft: Gewaltbereite Rechtsextreme trafen auf eine ebenfalls vor Gewalt nicht zurückschreckende ‚linke Szene‘. Deshalb wurde schon von den ‚Pegida‘-Organisatoren stets betont, man demonstriere friedlich; „Keine Gewalt“ lautete ein Slogan, der freilich alsbald einen Doppelsinn entfaltete: Wollte man sagen, dass man bitte auf Gewalt gegenüber den friedlichen Demonstranten verzichten solle – waren also die dämonisierten Gegendemonstranten der Adressat – oder war es die Versicherung, dass das durchaus aggressive Auftreten ‚Pegidas‘ selbst und die gewalttätigen Parolen, die an Volksverhetzung und Landfriedensbruch grenzten, nun doch nicht in die offene Gewalt umschlagen würden, die etwa die Dresdner Innenstadt verwüsten könnte?

Im Grunde jedenfalls, so zeigt sich schnell, war die ‚Pegida‘-Bewegung kein politischer Protest, denn sie verweigerte jeden Diskurs, zeigte sich desinteressiert an Argumenten und verharrte in blinder Selbstindoktrination und Propaganda für sich selbst.¹ So wirkte sie eher wie ein kultischer Akt, in dem gerade nicht debattiert wird. Wenn auch in provinziell verkürzter Weise, setzte man der gefürchteten religiösen ‚Überfremdung des Abendlandes‘ durch den Islam eine politische Religion der Anti-Politik entgegen, deren Kern letztlich Unzufriedenheit und Empörung bilden. Wie jede Gruppierung, die sich im

¹ Byung-Chul Han: Zuhören! ‚Pegida‘ ist kein politischer Protest, sondern ein Angstsymptom. In: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 18. Januar 2015.

Besitz der Wahrheit wähnt, ohne dass diese Wahrheit von allen anerkannt würde, empfanden sich dann auch die ‚Pegida‘ Anhänger alsbald als stigmatisiert. Öffentliche und scharf geäußerte Kritik tat ein Übriges. Die Bewegung sei menschenverachtend, religions- und fremdenfeindlich, sodass die Bundeskanzlerin in ihrer Neujahrsansprache 2015 von Vorurteilen, Kälte und „Hass in den Herzen“ sprach und vor den Verführern warnte. Aus der Perspektive der internationalen Medien² handelte es sich um eine Gruppe, „die die Uhren im modernen Deutschland stoppen will“. Man höre „Parolen, die an die dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte erinnern“, weil „der Wutbürger fürchtet, sein Land zu verlieren“. Wie hoch auch immer der analytische Wert solcher Beurteilungen einzuschätzen war – einen Akt der Selbstreflexion und Selbstprüfung haben sie bei ‚Pegida‘ nicht ausgelöst. Vielmehr entluden sich nun die Emotionen der gereizten Masse, Woche für Woche im Montagsritual. „Um dieses glücklichen Augenblicks willen, da keiner mehr, keiner besser als der andere ist, werden die Menschen zur Masse“, schreibt Elias Canetti. „In der Entladung werden die Trennungen abgeworfen und alle fühlen sich gleich.“³

Wie aber sollen Öffentlichkeit und Politik auf die strukturelle Gewalt, die ihnen damit Macht entgegentrat, reagieren? Zunächst waren die Reaktionen heftig und ratlos zugleich. Mittlerweile aber, nachdem die ‚Pegida‘-Bewegung in Dresden abgeflaut ist, zeigt sich im gelassenen Rückblick, dass es sich hier nicht um ein überraschendes Natur-, sondern eher um ein Medienereignis handelte. Von ‚Vulkanausbrüchen‘, ‚seismischen Verschiebungen‘ und dergleichen war zwar sogar in einer allzu metaphernfreudigen Fachforschung die Rede, doch ohne den Verstärker der Medien hätte sich wohl hier kein ‚Erdrutsch‘ angebahnt. Und damit steht ‚Pegida‘ durchaus exemplarisch – und gleichsam nachholend – für die populistischen Bewegungen in Europa, die für ‚das Volk‘ sprechen, aber dabei – traditionsgemäß – alle Optionen einer Mediengesellschaft nutzen. Heute ist selbstverständlich nicht mehr, wie in der ersten Hochphase eines antidemokratischen Populismus nach dem Ersten Weltkrieg, der Rundfunk das massenmobilisierende Medium; vielmehr bieten die sozial-kommerziellen Netzwerke ganz andere, ungeahnte Möglichkeiten. Und kaum war eine kritische Schwelle überschritten durch Provokationspotential und schiere Anzahl, so gewann die vorgeblich medienverachtende ‚Pegida‘-Bewegung eine überregionale Aufmerksamkeit; den Dresdner Bürgern, die weder Zeit hatten noch willens waren, sich jeden Montag von ‚Pegida‘ zur Gegendemonstration einbestellen zu lassen, blieb nur die staunende und bestürzende Wahrnehmung, wie der internationale Ruf und das Ansehen ihrer Stadt, die sich seit der ‚Wende‘ 1989/91 so mühsam aufgebaut hatten, beschädigt und rasant demontiert waren. Dresden avancierte zur Hochburg des Rechtspopulismus in Deutschland: So das neue Stadtimage, das sich niemand, dem diese Stadt etwas bedeutet, wünschen kann. Zu den medialisierten Reaktionen gehörten auch Studien der ersten Stunde, in denen versucht wurde, dem Ereignis mit fachwissenschaftlichen Kategorien analytisch beizukommen. Als zentral erwies sich dabei die Feststellung, es handle sich bei den ‚Stadtspaziergängern‘ trotz ihrer Anleihen bei einem rechtsextremen Vokabular, das seine Kontinuität zur NS-Zeit nicht verleugnen kann, doch um Angehörige der ‚Mitte der Gesellschaft‘, die man in ihren

2 Wie die Welt ‚Pegida‘ sieht – Ausländische Medien berichten über die Demokratie in Dresden – nicht nur besorgt und kritisch. In: Sächsische Zeitung, 7. Januar 2015, S. 4.

3 Elias Canetti: Masse und Macht. Hamburg: Claassen 1960, S. 13.

Sorgen verstehen und für das Gute, also die Demokratie, wiedergewinnen müsse. Die Überlagerungen von fachwissenschaftlicher Sprache und öffentlicher Rede lassen sich hier exemplarisch zeigen am Beispiel Björn Höckes. Höcke, seit September 2014 Mitglied des Thüringischen Landtags, verkörpert die radikale Seite der AfD, also jener Partei, die ebenfalls dem rechtspopulistischen Spektrum angehört, jedoch von Fall zu Fall in die Nähe zu ‚Pegida‘ rückt, diese dann wieder abwehrt; in einer der obligaten Fernsehdiskussionen – bei Anne Will im Ersten Programm am 18. Oktober 2015 –, zu denen nun auch er samt seiner kleinen Deutschlandfahne, die er dekorativ mit sich trug, geladen war, wies Höcke darauf hin, es hätten „wissenschaftliche Studien“ gezeigt, dass die ‚Pegida‘-Anhänger eben für die ‚Mitte der Gesellschaft‘ einstünden. – Sie selbst skandieren: „Wir sind das Volk“. Diese Maxime der Freiheit aus den ‚Montagsdemonstrationen‘ in der DDR 1989 ist nun freilich im Wortsinn zum Schlagwort verkommen.

In dem sich neu ordnenden ‚rechten Spektrum‘ der politischen Szene wird dabei freilich der Anspruch erhoben, es gehe auch jetzt um nicht weniger als um ‚Deutschland‘. Die Nation müsse wieder in ihr Recht gesetzt werden. Die nationale Souveränität sei an Institutionen wie die EU abgegeben, werde von den ‚Volksverrättern‘ des politischen ‚Systems‘ ohnehin nicht ernst genommen; deshalb müsse man Widerstand leisten. Zunächst freilich zielt man hier nur auf eine Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die sich hier anschließen, die Gefahr erkennen und ‚rechts‘ und ‚rechts‘-gläubig sind, und diejenigen, die verblendet sind oder sogar als ‚Gutmenschen‘ der Nation Übles antun (wir verweisen darauf, wie der Respekt, den man in der abendländlichen Tradition dem guten Menschen schuldete, hier ins Gegenteil verkehrt wird). Jedenfalls wird das nationale Interesse und die Sorge ‚für die eigenen Leute‘ hier über alle anderen Erwägungen gestellt. Eine Solidarität, die die gesamte deutsche Gesellschaft in ihrer empirischen Vielheit statt des exklusiven ‚Volkes‘ umfasst, wird dagegen nicht akzeptiert. Es lohnt sich, die Frage nach möglichen Ursachen dieser Entwicklung zu stellen; sie führt zurück in das Nebeneinander zweier deutscher Staaten, das erst 1989 endete. Mit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten begann auch die neue Debatte um die ‚selbstbewusste Nation‘. Während in der DDR der Zusammenhalt der Gesellschaft in einer ‚sozialistischen Nation‘ ideologisch so forciert worden war, dass man zum Schluss hier nur noch Phrasen zu hören meinte, hatte sich die Bundesrepublik stets mit den überlieferten Formen nationaler Gemeinschaft schwer getan. Die Nation schien, seit sich die Nationalsozialisten das Konzept angeeignet hatten, reichlich diskreditiert, und auch die Nationalkriege, die Europa schon zuvor immer wieder verwüstet hatten, waren ja nicht vergessen. Es ging nach dem Zweiten Weltkrieg um Frieden und Ausgleich, zunächst und vor allem auch mit dem ‚Erbfeind Frankreich‘. Die Formeln nationaler Selbstbehauptung und gar des Nationalstolzes waren hier fehl am Platz und wurden auch nicht verwendet. ‚Verfassungspatriotismus‘ lautete ein Vorschlag, wenn der Fundus an Gemeinsamkeit, dessen jedes Gemeinwesen bedarf, benannt werden sollte; doch fraglose Bindekraft hat dieser Begriff letztlich nicht ausüben können. Nach 1990, als die Deutschen sich einigermaßen überrascht wieder als ‚ein Volk‘ und ‚eine Nation‘ wiederfanden oder als ihnen zumindest diese Bezeichnungen nahe gelegt wurden, begannen heftige Debatten, die noch gesteigert wurden angesichts der Zentrifugalkräfte, die gleichzeitig freigesetzt wurden: Durch den Zerfall der Blockbildungen des Kalten Krieges, durch Erfahrungen neuer Aggression,

durch die Wiederkehr der Nationalismen in Europa und durch eine Globalisierung, die grenzenlos alles zu vereinnahmen schien.

Die Debatten um die Wiederkehr der Nation sind hier nicht nachzuzeichnen. Erinnern wollen wir aber an zweierlei: zum einen, dass die Worte, mit denen wir die Gemeinsamkeit der Menschen in einem Staat benennen, im 19. Jahrhundert geprägt wurden, zunächst im Gefolge der Französischen Revolution. Es waren Mobilisierungsbegriffe. Die ‚Nation‘ marschierte, oder sie rüstete sich zur Verteidigung. Der ‚National-Staat‘ ist ein unechtes Kompositum. Es wurde ein einheitlicher Staat gesucht, der den Effizienzkriterien der Moderne genüge; gedeutet wurde er als nationale Gemeinschaft, die allerdings schon bald ihre Risse bekam angesichts von ‚inneren Feinden‘ – nicht nur den Arbeitern, sondern etwa auch Minderheiten wie den Sorben – und angesichts einer offenbar mangelnden Solidarität zwischen denen, die doch einer ‚Gemeinschaft‘ angehören sollten, aber offenkundig nur eine entlang der Achsen von Reichtum und Macht gespaltene ‚Gesellschaft‘ bildeten. Die sozialen Unterschiede gestalteten sich bis zum Ersten Weltkrieg mit zunehmender Schroffheit, und sie wurden auch danach nicht geringer. Nur die Schrecken des Krieges überdeckten diese Langzeitprozesse.

Dennoch: Es gibt einen Zusammenhalt der Menschen in einem Staat; deshalb ist die Nation als eine ‚vorgestellte Gemeinschaft‘ für viele eben auch eine selbstverständliche Vorstellung und nicht etwas bloß Imaginäres. Doch worauf beruht diese Selbstverständlichkeit? Was ist es denn, was uns eint, wenn wir die Vielfalt der gesellschaftlichen Wirklichkeit in Deutschland betrachten? In einem Band, der unter dem Titel *Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen* eine Tagung der Konrad-Adenauer-Stiftung dokumentiert, hat der Herausgeber, der damalige Ministerpräsident des Freistaates Thüringen, Bernhard Vogel, formuliert: „Angesichts der Vielfalt der Lebensformen in einem pluralistischen Gemeinwesen kann man sich das Zusammenfinden und Zusammenwirken jedenfalls nur unter voller Akzeptierung legitimer Unterschiede vorstellen. Mit Sicherheit geht es beim Einenden nicht darum, Vielfalt zu beschneiden, sondern diese zum Blühen zu bringen und dabei im Unterschiedlichen das Verbindende zu entdecken. Dazu kann ein Blick auf das konkrete Verhalten der Menschen helfen.“⁴ Das liegt fast ein Jahrzehnt zurück; aktuell ist es bis heute geblieben. So können die Beiträge unseres Bandes hier unmittelbar anknüpfen, ohne sich in den Aufgeregtheiten des Tages zu verlieren.

Das vorliegende Buch will deshalb, ohne sich auf die Provokation ‚Pegida‘ festlegen zu lassen und unbeschadet der vorliegenden Erkenntnisbemühungen der Politikwissenschaft, den Horizont des Fragens öffnen. Wir wollen eine Zwischenbilanz jener inzwischen grundsätzlichen Debatte ziehen, die sich nicht in den jeweiligen Expertenkulturen begrenzen ließ, sondern die gesamte Öffentlichkeit unseres Landes bewegt hat. Was eint uns – und warum wird diese Einheit so vehement in Frage gestellt? Richtungsentscheidungen sind zu treffen; sie gehen alle an und müssen mit Sorgfalt, Umsicht und Engagement erörtert werden. So bietet unsere Sammlung zunächst einmal Erkundungen in einem weiten Spektrum von Fachdisziplinen, doch die Adressaten dieser Beiträge sind

⁴ Was eint uns? Verständigung der Gesellschaft über gemeinsame Grundlagen. Hg. v. Bernhard Vogel. Freiburg; Basel/Wien: Herder 2008, S. 15.

nicht nur die Experten des jeweiligen Faches, sondern alle, denen an einem besseren Verständnis der jüngsten Entwicklung gelegen ist. Die Öffentlichkeit aber ist vielstimmig, und die Erörterung hat viele Formen. Unser Band sollte also – des weiteren – ein Forum für einen Dialog dieser verschiedenen Wahrnehmungsweisen, Denk- und Schreibstile bilden. Neben der fachlich orientierten Studie steht deshalb der Essay; neben dem wissenschaftlichen Experten steht der Intellektuelle mit kritischen Fragen nach dem, was unsere Gesellschaft gefährdet, und dem, was ihr nottut. Und da es zum Standard rechtspopulistischer Kampfrhetorik gehört, man solle endlich in Deutschland einen ‚Schlussstrich unter die Vergangenheit‘ ziehen, hielten wir die Erinnerung für angebracht, dass die Fremdenfeindlichkeit ja in Deutschland – und auch in Dresden – beileibe kein neues Phänomen ist. Daher sollten auch Langzeitentwicklungen wieder ins Bewusstsein gehoben werden. Die Debatten, die so plötzlich und vehement aufbrachen, haben eine lange Vorgeschichte, und zwar nicht nur in ihren politisch-kulturellen und mentalen Vorbedingungen, sondern auch in ihrem sprachlichen Material. Die Redeformen der Fremdenfeindschaft waren eine Hypothek, die die politische Kultur beider deutscher Staaten – wenn auch in unterschiedlicher Weise – von ihrer Gründung an belastete.

Etliche Beiträge dieses Bandes sind im Lauf des Jahres 2015 entstanden oder begonnen worden, einige wurden noch seit Anfang 2016 geschrieben. So war dieses Buch zugleich ständig in Gefahr, von dieser sich rasant entwickelnden Aktualität überholt zu werden, denn es war ja die sogenannte ‚Flüchtlingskrise‘ eingetreten, also der erwartbare, aber so doch nicht vorhergesehene Zustrom von Menschen aus den Krisengebieten, von denen Europa vor allem im Süden und Osten umringt ist. Es ist das Verdienst der jetzigen Bundesregierung und namentlich der Bundeskanzlerin, die die Richtlinien der Politik bestimmt, dass Deutschland hier nicht auf die bekannte Maxime „Das Boot ist voll“ zurückgefallen ist und auch die ‚Festung Europa‘ nicht wieder aufgerüstet hat. Aufgeregtheiten, so das Hantieren mit Schlag- und Fahnenworten, der Verzicht auf nüchterne Prüfung drangen gleichwohl bis weit in das etablierte Parteienspektrum vor, sodass sich unserem Unternehmen hier eine weitere nicht ganz überraschende Rechtfertigung bot.

‚Pegida‘, so zeigte sich mehr und mehr, war nur der Katalysator für eine breitere rechtspopulistische Bewegung gewesen, die sich vorerst in der Partei Alternative für Deutschland/AfD sammelt. Deutschland zieht derart mit vielen europäischen Nachbarländern gleich; allerdings gewinnt damit nochmals der Erklärungsbedarf, den ‚Pegida‘ nun einmal erzeugt hat, an Kontur und Dringlichkeit. Da ist zum einen zu fragen, was eigentlich diese Bewegung so attraktiv gemacht hatte. Dass es ihr Anspruch auf Originalität und Neuheit nicht sein kann, ist offenkundig. Die programmatischen Schlagworte, mit denen ‚Pegida‘ seine Anforderungen untersetzt hatte – ob es nun um ‚gender‘ oder den ‚Islam‘ gehe –, klangen so allgemein und waren bereits so mannigfach in der Öffentlichkeit debattiert worden, dass man ihnen eine besondere Mobilisierungskraft kaum zugetraut hätte. Was also bewegt die Pegidisten, die Organisatoren und die Gruppierungen, die man als den harten Kern bezeichnen kann und die von Beginn an vor rechtsradikalen Parolen nicht zurückschreckten und es anscheinend durchaus billigten, wenn das ‚Spiel mit dem Feuer‘ zündender Parolen dann auch schon einmal in reale Brandstiftung umschlug? Die Zahl rechtsradikal motivierter Gewalttaten in Sachsen hat sich im Jahr 2014 um 16 % im Vergleich zum Vorjahr und im Jahr 2015 gar um erschreckende 30 % im Vergleich zum

Vorjahr erhöht.⁵ Und: Was motiviert die Sympathisanten, die dies eigentlich wissen oder doch wissen könnten, wenn sie denn noch Nachrichten aus irgendeinem Medium außerhalb der Nischen in Internet und Milieu zur Kenntnis nähmen? Warum sind sie nicht abgeschreckt? An Ermahnungen der offiziellen Politik fehlte es nicht. Sie wurden aber offenbar als „gouvernantenhaft“ (Werner Patzelt) empfunden und trafen auf eine Ablehnung, die sich nur als Schwellenphänomen, als exzessive Entladung nach langer Latenzzeit erklären lässt: Gerade weil die Schlagworte, die ‚Pegida‘ aufgreift – ob das nun die Geschlechtergerechtigkeit ist oder der islamistische Schrecken – schon so lange präsent sind, ohne dass sich die Situation geändert hätte, wächst anscheinend bei vielen ein Gefühl der Ohnmacht, des Abgekoppelt-Seins vom Politikbetrieb: Man werde nicht gehört, man könne sich nicht einbringen, denn ‚die da oben‘ machen, was sie wollen.

Der blinde Fleck also, der im Kommunikationsgefüge unserer politischen Kultur sichtbar geworden ist, lässt sich vielleicht zum einen als tiefgreifende Verunsicherung beschreiben, zum anderen in eine umsichtige Diskussion über die Bedeutung von ‚Heimat‘ überführen. Drohenden Heimatverlust beklagen die Pegidisten und Gleichgesinnte selbst; doch was mit ‚Heimat‘ gemeint ist – dies ist schwerer herauszufinden. Das Gefühl des Verlustes kann sich auf vielerlei berufen: Auf eine demographische Schrumpfung, die bislang intakte Gemeinden allmählich aussterben lässt; auf zerstörte Sehgewohnheiten, denen die Lebenswelt nicht mehr vertraut, sondern als Spekulationsfeld, etwa von Bauinvestoren erscheint; auf den Mangel schließlich glaubhafter Bilder, die in der wachsenden Komplexität politischer Prozesse und öffentlicher Auseinandersetzungen eine Gewissheit letzter Sinnhaftigkeit verbürgen. Und schließlich wird es im Osten Deutschlands, 25 Jahre nach der friedlichen Revolution, als ungerecht empfunden, dass sich aus der ehemals egalitären Gesellschaft Gewinner und Verlierer herauskristallisiert haben und dass der Abstand trotz individueller Anstrengungen nicht kleiner, sondern größer wird. Die Bevölkerung hat hier vieles akzeptiert, weil so die gesellschaftliche Fortentwicklung garantiert wurde. Aber eine Mißstimmung wegen derart gefühlter Ungerechtigkeit blieb beharrlich erhalten. – Fliehkräfte, wie sie das gegenwärtige gesellschaftliche Klima prägen, sind mit drei Begriffen zu benennen: Neid, Angst und Ressentiment. Neid gegenüber asymmetrischen Entwicklungen, Angst, zu den Verlierern zu gehören bzw. den mühsam erarbeiteten Lebensstandard nicht halten zu können, und Ressentiment gegen Neues und Fremdes. Gewiß, dies ist auch ein Residuum der geschlossenen Gesellschaft, die gerade jede gesellschaftliche Entwicklung im Keim erstickte und von einem rigiden Geschichts-determinismus ausging. Doch hinzu kommen Störungen, die die individuelle Wahrnehmung verändern, wie internationale Konflikte (Finanzkrise, Ukraine Krise, IS), die Zunahme der Kriminalität im grenznahen Raum – also eine regionale massive Steigerung von Wohnungseinbrüchen, auch durch eine beängstigende Drogenbeschaffungskriminalität. Und hinzu kommt die grundsätzliche Angst, dass ‚der Staat‘ angesichts all dieser Herausforderungen die Kontrolle verlieren werde. Und bestärkt wird das alles durch eine prinzipielle Weigerung, sich dem, was man als ‚Angst‘ für sich reklamiert, zu stellen – eine Dialog- und Kenntnisverweigerung: Denn eine ‚Volksferne‘ etablierter Medien, die ja im Vorwurf,

5 Andreas Kunze-Gubsch: Politisch motivierte Kriminalität 2015. In: https://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2016_41981.htm, Zugriff am 21. 7. 16; Martin Strunden: Politisch motivierte Kriminalität 2014. In: http://www.polizei.sachsen.de/de/MI_2015_34965.htm, Zugriff am 21. 7. 16.

sie seien Medien der Lüge, gipfelt, scheint man besonders dort anzunehmen, wo keine überregionalen Zeitungen erscheinen und wo das Interesse etwa an Qualitätspresse generell gering ist, wo schließlich die Bestätigungsgemeinschaften der sozial-kommerziellen Medien und des Internet insgesamt zur Hauptinformationsquelle werden.

Dem lässt sich wohl kaum mit einer Haltung des ‚Verstehens‘ begegnen, die gerade durch radikale Kommunikationsverweigerung der Anti-Politik der Empörten dazu motiviert wird, nach den Motiven zu suchen und dabei bis in jene Grauzone vorzustößen, in der Verstehen in Billigung umschlägt. Wenn unser Band dennoch zu einem besseren Verständnis beitragen will, so vielmehr durch Analyse oder – wie Mark Arenhövel es treffend benennt – durch „abgrenzende Anerkennung“. Denn ein Defizit in unserer politischen Kultur ist nach unserer Auffassung mittlerweile so sehr kenntlich geworden, dass wir neu ansetzen müssen. Wir wollen mit unserem Buch, soweit es in den uns gesteckten Grenzen möglich ist, einen Beitrag dazu leisten, dass die öffentliche Verständigung über die Orientierung, über die Werte und über die Zukunftsperspektiven unseres Gemeinwesens wieder an Offenheit gewinnt. Von vielen Seiten wird Klarheit von ‚der Politik‘ verlangt. Es muss zwar bezweifelt werden, dass ein kategorischer Imperativ der Publizität – im Kantschen Sinne – sich in einer repräsentativen Demokratie, die für ihre Selbstverständigung auf Medien angewiesen ist, so ohne Weiteres umsetzen lässt und damit die von Kant geforderte „Einhelligkeit der Politik mit der Moral“ herzustellen wäre. Doch unbezweifelbar scheint uns, dass die politische Kultur dann an Qualität gewinnt, wenn möglichst viele, die an ihr teilhaben, umfassend informiert sind und auf verlässliches Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge und aktuelle Probleme, seien sie krisenhaft, wie sie wollen, zurückgreifen können; dann wäre auch eine Verständigung über grundlegende Werte möglich.

Damit ist auch der Kreis jener benannt, an die wir uns mit unserem Buch richten. Es sind nicht diejenigen, die sich ihrer Position immer schon sicher sind, sondern diejenigen, die aus dem Alltag heraus sich engagieren, die versuchen, sich – so gut es möglich ist – mit allen Einschränkungen und allen Rückschlägen doch kundig zu machen und sich aus widersprechenden Meldungen und Meinungen doch Umsicht und Urteilkraft zu bewahren; denn Demokratie beruht auf der Bereitschaft, den Wahrheitsanspruch für die eigene Meinung erst einmal auszusetzen (und das scheint uns ein basaler Irrtum der ‚Pegida‘-Demonstranten mit ihrer politikverdrossenen Meinung, dass eine Wahrheit nur endlich einmal laut gesagt und durchgesetzt werden müsse). Demokratie für alle geht davon aus, dass Widersprüche nur durch Kompromisse aufgefangen oder durch Mehrheitsentscheidungen beendet werden, in denen nicht die Wahrheit, sondern die Erträglichkeit für eine möglichst große Zahl der Bürger im Zentrum grundlegend ist. Es geht also nicht um Einigkeit und um wahre Antworten, es geht um Fragen, die es verdienen, im Dialog weitergeführt zu werden. Und es geht um einen Werthorizont, der solchen – auch streitbaren – Debatten vorausliegt und sie ermöglicht.

Auch die Herausgeber wollen keine Einigkeit vortäuschen und ebenso wenig sollen dies die Beiträge dieses Bandes. Einig sind sie sich freilich in der Überzeugung, dass Demokratie eben aus diesem Dialog der Uneinigen entsteht. Der sollte hier ein Forum finden. – Zu unserem Bedauern freilich müssen wir uns eingestehen, dass eine weitere Adressatengruppe unseres Bandes dabei wohl kaum erreicht werden kann. Es wären die,

die zu uns kommen, die so genannten Flüchtlinge, die Asylbewerber, die Migranten. Sie begegnen nach schrecklichen Erfahrungen, die in Deutschland und Mitteleuropa eigentlich noch längst nicht verjährt sein, sondern noch zum kollektiven Erinnern gehören sollten, nun einer Gesellschaft, die im Streit darüber liegt, ob die vielen Fremden willkommen sind, gar eine Bereicherung bedeuten oder nur eine Last, die es abzuwehren gilt. Die Positionen dieses Streites ihnen verständlich zu machen dürfte schwer fallen, und sei es auch nur wegen der sprachlichen Barrieren. Ein Gespräch, das wir mit Dresdner Flüchtlingen geführt haben, soll in dem breiten Spektrum von inländischen Meinungsabgaben daran erinnern, dass wir hier auch über Menschen reden, die Schlimmes durchgemacht haben. So sollten diejenigen, die sich so engagiert in diesen Debatten äußern, sich vielleicht auch daran erinnern, dass neben den Positionen, die in ihrem ganzen Spektrum von redlicher Sorge bis zu engagiertem Willkommen berechtigt sein mögen, es zunächst einmal darum geht, einen Alltag so zu gestalten, wie es eines zivilisierten Landes würdig ist. So wenden wir uns denn noch einmal zu unserer Stadt Dresden, die unvorhergesehen gleichsam zum Labor deutscher ‚Willkommenskultur‘ geworden ist. Es wäre viel gewonnen, wenn der Alltag mit den Neuankömmlingen von wechselseitiger Aufmerksamkeit, von Respekt und Rücksichtnahme gekennzeichnet wäre, kurzum von all jenen Verhaltensweisen, die wir mit dem etwas altmodischen Wort ‚Anstand‘ benennen möchten. Hier haben die Verantwortlichen in all ihren Bereichen, in Politik, Wirtschaft und Kultur eine Aufgabe, die unserer Heimatstadt – und unserer Nation – tatsächlich wieder würdig wäre.

Vorerst haben wir nur noch allen Autorinnen und Autoren dieses Bandes unseren herzlichen Dank zu sagen, dass sie sich auf dieses aufwendige Projekt eingelassen haben – die einen vorab mit öffentlichen Vorträgen, dann mit der Ausarbeitung von Manuskripten, andere auf unsere Bitte hin mit eigens für diesen Band geschriebenen Texten. Und wir danken weiterhin allen, die uns großzügig Nachdruckrechte gewährt haben. Dank gebührt dem Thelem-Verlag für die sorgfältige Drucklegung und der Konrad-Adenauer-Stiftung für einen Druckkostenzuschuss, der das Erscheinen des Bandes ermöglichte.

Dresden, im Mai 2016
Joachim Klose/Walter Schmitz